

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.

Bezugspreis monatlich 2.— Mk., durch die Post vierteljährlich 6.— Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Muringen, Bierstadt, Breckenheim, Delfenheim, Diedenbergen, Erbenheim, Hefloch, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach, Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg. Reklamen und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro Zeile mit 1,50 Mk. berechnet. Eingetragen — in der Postzeitungsliste unter 1110 a. —

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag: J. V. Fr. Cramer, Bierstadt.

Nr. 80.

Dienstag den 13. Juli 1920.

20. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Eine gewisse deutsche Presse verfolgt seit einiger Zeit einen hetzerischen Zug welcher gegen die französischen Truppen africanischer Ursprung angerichtet ist.

Die angegebenen Gründe gegen diese Truppen haben keine Bestimmtheitswendung. Die seltenen Vorfälle welche der Militärbehörde förmlich angezeigt worden sind, sind den Gegenstand genauer Untersuchungen geworden und sind nur in einer ganz geringeren Anzahl als richtig erkannt worden; in diesen Fällen sind die Täter sogleich und exemplarisch bestraft worden. Der Reichskommissär hat, seinerseits, der Hohen Interalliierten Rheinland Kommission nur eine sehr kleine Anzahl Beschwerden nachgesagt, über diejenigen die noch verfolgten Untersuchungen keinen beweisenden Erfolg gebracht haben.

Mehrere Zeitungen welche sich gehen ließen über- oiten Anklage gegen die farbigen Truppen fortzupflanzen, haben übrigens diese Anklage zurückgezogen und haben Entschuldigungsmittelungen veröffentlicht um bekannt zu machen daß ihre Redlichkeit überrascht worden war.

In diesen Gelegenheiten, muß man im Interesse der Wahrheit, einen förmlichen Ablängung den betreffenden Anklagen entgegenstellen welche als völlig grundlos erscheinen.

Kreisdelegierter der Hohen Interalliierten Kommission für den Landkreis Wiesbaden:
gez.: Juvigny.

Chronik des Tages.

Was jedermann wissen muß.

— Die deutsche Delegation hat das Entwaffnungsprotokoll unterschrieben. Die Unterschrift besteht sich lediglich aus der Ausführung des Friedensvertrages auf militärischem Gebiet. Die Strafbestimmungen sind nur „zur Kenntnis genommen“.

— Die Kohlenforderungen der Entente sind gleichbedeutend mit der Erdrückung des deutschen Wirtschaftslebens. Delegation und Sachverständige lehnen sie einmütig ab.

— In der Frage der „Kriegsschuldigen“ ist ein Ueber-inkommen geschlossen worden.

— Die Entwaffnung der Sicherheitspolizei bezieht sich auf die Auslieferung der schweren Kampfmittel und die Entmilitarisierung.

— Die Polen sind auf der ganzen Front im Rückzug begriffen. Minsk wird geräumt, Nowel und Danaburg sind in Besitz der Bolschewiken.

— Japan hat weite Strecken der ostsibirischen Röhre reijet.

Die Nichtunterschriftung der Strafklausel.

Bei dem Reichspräsident fand am Sonnabend vor- mittag eine Besprechung statt, in der die aus Spaa zurückgekehrten Mitglieder der Delegation, Minister Geßler, Staatssekretär Albert und General v. Seekt, Bericht erstatteten. Dabei wurde hervorgehoben, daß Lloyd George den Schwerpunkt der Verhandlungen auf die Entwaffnung der Bevölkerung, das heißt also das Einammeln der in den Händen der Bevölkerung befindlichen Waffen gelegt habe. Die Androhung des Einmarsches in das Ruhrgebiet ist von den Deutschen nicht genehmigt, sondern nur zur Kenntnis genommen, nachdem der Reichsminister des Aus- wärtens zuvor erklärt hatte, daß eine derartige Klausel dem Friedensvertrag und dem Völkerrecht widerspricht. Lloyd George hatte ausdrücklich anerkannt, daß die Deutschen durch ihre Unterschrift die Klausel nicht dachten. Darauf erklärte Reichskanzler Fehrenbach, daß die deutschen Delegierten die beiden ersten Teile des Protokolls zu unterzeichnen bereit seien.

Danaburg von den Sowjettruppen besetzt.

Die bolschewistischen Truppen haben Danaburg besetzt. Abteilungen der russischen Sowjetarmee ste- gen an der Grenze Litauens und fordern anscheinend das Recht zum Durchmarsch gegen die Grenze Po- lens. Die Bolschewiken nehmen gegenüber den Lit- auern eine passive Haltung ein. An mehreren Stel- len der Demarkationslinie sind große litauische Trup- penmassen eingetroffen und man rechnet damit, daß die Bolschewiken den Litauern die Wilnafront über- lassen.

Flucht aus Warschau?

Die Warschauer Regierung dementiert die Mel- dung, nach der die Regierung von Warschau nach Polen überzusiedeln beabsichtigt. Demgegenüber ist bekannt, daß von der Regierung doch umfang- reiche Maßnahmen für einen sofortigen Abmarsch aus

Warschau getroffen sind. Allerdings meint der Plan, nach Polen zu gehen, fallen gelassen worden zu sein, da bekanntlich in Polen eine starke regierungsfeindliche Strömung vorhanden ist. Es wurden andere Städte des östlichen Polens, wie Thorn und Graudenz, in Erwägung gezogen. Der Rückzug des polnischen Heeres hat an der Warschauer Börse eine Panik hervorgerufen. Die polnische Mark ist bedeutend ge- fallen.

Brief aus der Reichshauptstadt.

— Berlin, 10. Juli.

Ein eigenartiger Demonstrationszug durchzog am Freitag die Straßen der Innenstadt. Eine große An- zahl heftig debattierender und gestikulierender Demon- stranten, begleitet von zahlreichen leeren Obstwagen, deren Inschrifttafeln auf den Jwed der Demonstra- tion hinwiesen. Man las da Proteste gegen den Obst- wucher, gegen Schleichhandel, Zwischenhandel und Ab- tenhandel. Eine Inschrift erklärte: „Wir sind keine Wucherer!“ Eine andere sagte: „Wir wollen Abbau der Preise!“ Verschiedene Inschriften mahnten: „Kauft nicht das teure Obst!“

Es handelte sich um eine Demonstration der Straßenhändler, die auf diese Weise gegen die Preispolitik der Obst-Großhändler und der holländischen Obstzüchter protestierten. Der Demonstration ging eine Versammlung voraus, in der zum Händler- und Käuferstreik gegen den Obstwucher aufgefodert wurde. Die Straßenhändler erklärten sich bereit, bis auf weiteres den Ein- und Verkauf von Obst und Ge- müse einzustellen. Die Bevölkerung soll sie unter- stützen und die hochnotierten Waren einstweilen auch in Ladengeschäften nicht kaufen. Jwed des Streiks ist, die Ausschaltung des Zwischenhandels und die Herbei- führung einer Preisenkung.

Heute haben die Straßenhändler ihre Drohung wahr gemacht. Die Obstwagen, die sonst an jeder Straßenecke, im Arbeiterviertel und im „feinen“ Westen, reichsweise zu sehen waren, sind mit einem Male aus dem Straßenbild verschwunden. In der Zentralmarkthalle und in den angrenzenden Straßen, wo sonst eine bedrückende Fülle von allerlei „fliegenden“ Fuhrwerken herrschte, waren nur die Gemü- sehändler zur Stelle. Die „Obsttrigen“ waren fast aus- nahmslos zu Hause geblieben. Nur wenige, die an die Durchführung des Streiks nicht glauben wollten, waren erschienen und haben geringe Einkäufe gemacht. So lange der Streik sich auf die Straßenhändler beschränkt, ist für die Obstversorgung der Berliner Bevölkerung nichts zu befürchten. Anders wird die Sache, wenn auch die Kleinobsthändler, die Gemüseläden und die Anhaber der Markthallen der Streikparole folgen; dann ist es um das obfliehende Publikum nicht gut bestellt. Immerhin ist es besser, eine Preisenkung wird auf diesem Wege herbeigeführt, als daß wie an zahlrei- chen anderen Orten die unregelmäßige Selbsthilfe, die schließlich nur zu ernstlichen Unruhen und Raubzügen des Mobs führen muß, Platz greift. Schließlich kann der Beeren- und Kirchengarten doch auch nur einige Tage dauern.

„Schieben“ ist heute die Lösung für zahlreiche arbeitsscheue Elemente. Der Achtundtag ist eine schon längst überwundene Sache; das Achtundtag dafür heute bequemer denn je. Dieser Tage hat die Ber- liner Kriminalpolizei mit der Festnahme einer solchen auserlesenen Schiebergesellschaft einen ausgereich- neten Griff gemacht. Im Mittelpunkt dieser inter- essanten Schiebergeschichte steht ein angeblicher rus- sischer Fürst Wasson, der gern sein Rubelgeld — etwa 300 000 Rubel — in deutsches Geld umgewandelt ha- ben wollte. Ein ganzes Rubel von Schiebern machte sich an den Fürsten heran, um das Geschäft zu schie- ben. Ein ganz Schläuer, der nicht genug „verdienen“ konnte, verfiel auf den Gedanken, im geeigneten Augen- blick die Summe durch den beliebtesten Kriminalbeamten beschlagnahmen zu lassen. Auf der Suche nach dem Käufer des Geldes machte er sich an einen Beamten heran, dieser sollte zum Schein auf das Geschäft ein- gehen, sich zu erkennen geben, die Summe beschlag- nahmen und dann den „Verdienst“ teilen. Doch die Sache kam anders als beabsichtigt war.

Als schließlich der Kauf in einer Wohnung abge- schlossen werden sollte, gab sich der Kriminalbeamte verabredungsgemäß zu erkennen, beschlagnahnte die auf dem Tische liegenden 250 000 Rubel, erklärte aber die ganze Gesellschaft für verhaftet. Auf dem Po- lizeipräsidium wurde der Fürst Wasson im Laufe der Vernehmung gewahrt, wie er durch die verbindende „Beschlagnahme“ von seinen Freunden bei dem Ge- schäft um sein Geld gebracht werden sollte. Die Kri- minalpolizei stellte fest, daß der Fürst Wasson über- haupt kein Fürst, sondern ein Doktor Konstantin Nie- gischew aus Kiew ist, der in einem Hotel in der Nähe des Potsdamer Bahnhofes wohnte. Dort wurden

auch weitere 50 000 Rubel gefunden und beschlag- nahmt. Der „Fürst“ wurde nun gleichfalls festge- nommen. Er hatte zuletzt in Wien eine able Rolle gespielt. Dort hatte er es verstanden, von der Wie- ner ukrainischen Gesandtschaft als Vertreter des inter- nationalen Komitees zur Hilfeleistung für die Opfer des Bürgerkrieges nach Deutschland geschickt zu wer- den. Mit der näheren Aufklärung beschäftigt sich die Kriminalpolizei zurzeit noch weiter. Wer weiß, was für ein Rattenkönig von Schiebern und Geschäftsen sich aus der Geschichte noch ergeben wird.

Die erpreßte Unterzeichnung.

Das Ultimatum Lloyd Georges — Unterzeichnung unter Protest.

Die Konferenz von Spaa hat am fünften Tage ihrer Beratungen die Entwaffnungsfrage erledigt. Bei der Eröffnung der Sitzung erklärte Minister Dr. Si- mons, daß die deutsche Delegation die Bestimmun- gen über die Entwaffnung annehme, daß sie jedoch demjenigen Teil der Vereinbarung, der sich mit den Strafbestimmungen beschäftigt, nicht ihre Zustimmung erteilen könne, weil diese Bestimmungen eine Aenderung des Versailler Vertrages bedeute und daher der Bil- ligung des Reichstages unterliege. Lloyd George erwiderte, daß die Strafbestimmungen eine Angelegen- heit darstellen, welche lediglich die Alliierten angehe und durch sie deshalb der Reichstag nicht berührt werde. Uebrigens seien diese Bestimmungen bereits im Protokoll vom 10. Januar 1920 vorgeesehen, das von Deutschland unterzeichnet worden sei.

Es gebe nur ein Ja oder Nein.

Angesichts dieses Ultimatus und im Hinblick auf die zum Einmarsch in das westpreussische Gebiet bereit- gestellten französischen und belgischen Truppen sah sich die deutsche Delegation gezwungen, das Diktat der Entente zu unterzeichnen. Gegen die Strafbestimmungen in der Entwaffnungsfrage wurde ein Protest zu Protokoll gegeben.

Die Sitzung dauerte bis 11 Uhr 45 Minuten, worauf General Seekt und die deutschen militärischen Sachverständigen den Saal verließen. Reichswehrmini- ster Dr. Geßler und General v. Seekt sowie die militärischen und Marinesachverständigen sind am glei- chen Tage nach Berlin abgereist.

Bayern entwaffnet nicht.

Die offiziöse Korrespondenz Hoffmann meldet: Die bayerische Regierung hat wiederholt zuletzt in den Nacht vom 8. Juli auf den 9. Juli bei der Reichs- regierung Stellung dahin genommen, daß auf die Einwohner- und Sicherheitswehr in Bayern unter keinen Umständen verzichtet werden kann und daß die vorwiegenden Forderungen der En- tente auf die Entwaffnung dieser Wehren abzuze- hen sei. Die Nachrichten aus Spaa haben diese Haltung der bayerischen Regierung nicht zu ändern vermocht. Sie wird von diesem ihrem unüberwindlichen Standpunkt aus ihre Bemühungen fortsetzen, dem Lande den Schutz zu erhalten, dessen Staat und Volk zu ihrer Sicherheit bedürfen.

Auch die württembergische Regierung hat auf einstimmigen Beschluß des Kabinetts den Verzicht auf Polizei und Einwohnerwehr für unmöglich er- klärt.

Die Sicherheitspolizei.

Wie die „Germania“ erfährt, traf ein Telegramm aus Spaa bei der Reichsregierung ein, wonach unter der Entwaffnung der Sicherheitspolizei keineswegs deren völlige Entwaffnung oder gar deren Auflösung zu verstehen ist, sondern vielmehr nur die Entzie- hung schwerer Waffen und die Entmilitari- sierung. Sonach würde also die Sicherheitswehr als reine Polizeitruppe fortbestehen können.

Die Zustände in der Entente.

Nach einer Depesche des „Echo de Paris“ aus Spaa wurden Deutschland bezüglich der militärischen Klauseln im Versailler Vertrag folgende Zugestän- nisse gemacht, die die Mitteilungen über die getroffenen Entscheidungen vervollständigen: 1. Nicht einge- schlossen in die 4000 deutschen Offiziere, die durch den Vertrag Deutschland zugestanden werden, sind die Ärzte und Veterinäre, deren Zahl auf 300 bezw. 200 festgesetzt wurde. 2. Nicht eingeschlossen sind ferner in die genannten 4000 Offiziere 735 Wer- waltungsbeamte. 3. Deutschland kann eine Reserve von 5000 Gewehren und 2 Millionen Patro- nen halten, um die Verluste auszugleichen, die seinem Kriegsvorrat durch etwaige innere Kämpfe entstehen. 4. Bestimmte Anzahl der Zahl der Maschinen-

gewehre, so daß alle Formationen in der Lage sind sich zu verteidigen.

Deutschland hatte außerdem ein fünftes und sechstes Zugversprechen verlangt für Vermehrung der Waffen und Munition derart, daß alle Formationen, Ergänzungen und Schulen mit Waffen versehen seien, am Angriffe zurückweisen zu können; ferner Wiederherstellung einer kurzen Militärdienstzeit mit der Garantie, daß man die Vergünstigung nicht missbrauchen werde, um eine große Anzahl Deutscher militärisch auszubilden. Diese letzten Forderungen sind nicht gewährt worden, andererseits erhielt Deutschland das Recht, vorübergehend in der neutralen Zone 10 Bataillone, 5 Schwadronen und eine Batterie zu unterhalten.

Die „Kriegsschuldigen“-Frage.

Unterzeichnung eines Abkommens.

Nach Erledigung der militärischen Fragen trat die Konferenz sofort in die Besprechung der Frage der sogenannten Kriegsschuldigen ein. Der deutsche Justizminister führte in seiner Antrittsrede aus, daß die deutschen Gerichte schon die vorbereitenden Schritte getan hätten. Es habe da bedeutende Schwierigkeiten gegeben, da mehrere der überlieferten Namen falsch waren, einige Angeeschuldigte waren falsch beschuldigt, und einige waren schon aus Deutschland gestochen. Nach den Ausführungen des Justizministers schlug Lloyd George vor, die Einzelheiten der Frage einer Besprechung der Justizminister zu überlassen.

Die Beratungen führten zu dem Abschluß eines Abkommens. Es wird dadurch dem deutschen Reichsgericht der direkte Verkehr mit den Justizbehörden der Alliierten ohne Benutzung des diplomatischen Weges zur Befehlshaltung der Verfahren gegen die Kriegsschuldigen ermöglicht. Das Abkommen wurde in der späteren Vollstreckung genehmigt und unterschrieben.

Kontrolle der deutschen Kohlen.

Das zweite Diktat.

Der Eindruck, den man schon bisher von den Verhandlungen in Spa hatte, nämlich daß die Alliierten ihre bisherige Gewaltpolitik gegenüber Deutschland auch weiterhin fortsetzen wollen, ist durch den Verlauf der Freitagssitzung nur bestätigt worden. Es ist offenbar die Absicht der Alliierten, Deutschland auf der Konferenz von Spa vor eine Reihe von einseitigen Entscheidungen zu stellen, die von Deutschland einfach unterzeichnet werden sollen und deren ultimativer Charakter kaum noch verschleiert wird. Man fragt sich, ob es unter diesen Umständen überhaupt einen Sinn hatte, nach Spa zu kommen. Diese Politik hätte sich auch nach dem bisherigen System des Notwendigkeits erreichen lassen. Auch in den wirtschaftlichen Fragen scheinen die Alliierten von ihrer Diktatpolitik nicht abgehen zu wollen, wie die Verhandlungen über die Kohlenfragen beweisen.

Nachdem Staatssekretär Bergmann in einer längeren Rede die Gründe — Unruhen, Streiks und Hochwasser — auseinandergesetzt hatte, aus denen sich die Rückschuldigkeit der deutschen Kohlenlieferungen gegenüber der von der Wiedergutmachungskommission festgestellten Biffer ergibt, verlas Millerand die Forderungen der Alliierten, die offenbar nichts weniger bedeuten, als daß

die gesamte deutsche Kohlenproduktion unter die Kontrolle des Verbandes gestellt werden soll.

Nach dem Beschluß der Alliierten wird:

1. den Kohlenanforderungen Frankreichs die Priorität (Vorrang) an allen deutschen Förderungen gesichert,
2. eine alliierte Kohlenkontrollkommission mit dem Sitz in Berlin eingerichtet, um die gesamte Verteilung der in Deutschland geförderten Kohle zu überwachen und zu beaufsichtigen,
3. Deutschland zur Vorlage eines genauen Kohlenlieferungsplanes für seine gesamte Kohlenwirtschaft

Goldelie.

Roman von E. Marlitt.

(Nachdruck verboten.)

Schluß.

Bis dahin hatte Berta unter heftigen Gebärden, mitunter von Schlägen und Beinen unterbrochen, in geordneter Reihenfolge erzählt. Jetzt aber schwieg sie einen Augenblick, und ein Ausdruck von unaussprechlichem Hass entstellte ihr fiebergerötetes Gesicht.

„Das abscheuliche Weib“, rief sie endlich mit fliegendem Atem. „Sie ließ mich vor die Tür und wollte mich mit Hunden aus dem Schlosse hegen lassen, wenn ich mich je wieder blicken ließe. Von dem Augenblicke an weiß ich nicht mehr, was mit mir vorgegangen ist“, sagte sie, erschöpft in die Kissen zurücksinkend, während sie die Hand gegen die schmerzende Stirn presste. „Ich weiß nur, daß ich erwachte und das Gesicht des Doktors über mir sah. Er hat dem Dunkel meine Schmach mitgeteilt, ich hörte es. Was soll aus mir werden?“

Sabine hatte mit Schauder und Schrecken zugehört.

Berta starb nicht, wie sie gehofft hatte, infolge ihrer erschütternden Bekenntnisse. Sie erholte sich im Begentheil wunderbar schnell unter Frau Herbers und Sabines Pflege. Ein Anfall von Geistesstörung war nicht wiedergekehrt. Wenige Wochen nach ihrer Wiederherstellung verließ sie das Weberhäuschen — das Fortspaus hatte sie nicht wieder betreten dürfen — um nach Amerika auszuwandern.

Es war ein trüber, nebliger Herbsttag, als ein gepackter Reisewagen das Lindhofer Schloß verließ und die Richtung nach A. einschlug. Bald zusammengebrochen und vernichtet drückte sich die Baronin Berta in die Ecke des Wagens. Ihre ständige Rolle in Lindhor war zu Ende: sie lebte unbeschäftigt zurück in engen Räumen und düsteren Verhältnissen.

„Mama“, sagte Berta zu Frau Herbers, die sie in Lindhor begleitet hatte, „ich habe mich entschieden, nach Amerika auszuwandern.“

zur Genehmigung durch diese Kohlenkontrollkommission genehmigt.

4. Werden im Falle der Nichterfüllung dieser Bedingungen auf Verlangen der Reparationskommission bestimmte Strafmaßnahmen in Aussicht genommen.

Auf die Aufforderung zur sofortigen Unterzeichnung dieses „Abkommens“, in dem wie in dem militärischen Diktat Strafmaßnahmen vorgesehen sind, wurde von deutscher Seite eine Beratungsfrist ausbedungen, die gewährt wurde. Darauf wurde die Sitzung auf Sonnabend vertagt.

Deutschlands Protest gegen die Kohlenverpressung.

Die entscheidende Konferenzsitzung begann am Sonnabend um 11 Uhr vormittags. Eingangs betonte Minister Simons, daß eine Lösung der Kohlenfrage ohne Einverständnis von Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf deutscher Seite nicht möglich sei. Nach dem Minister sprach der Großindustrielle Hugo Stinnes in äußerst scharfer Form. Er erklärte, daß bis jetzt im deutschen Bergbau alles geschehen sei, um die Alliierten zu befriedigen. Die Forderungen der Entente würden die Förderung im deutschen Bergbau nur reduzieren. Ferner seien die Bemühungen des deutschen Bergbaues durch die militärischen Bedingungen des Protokolls vom 9. Juli sehr erschwert. Anruhen seien unausweichlich, die Folgen würden Störungen der Produktion sein, die auf die Alliierten zurückfallen würden.

Nach Stinnes kam der bekannte Bergarbeiterführer Hue zu Wort, der in schlichten, klaren Worten den ganzen Ernst der Lage schilderte. Hue erklärte, daß die Bergarbeiter entkräftet seien durch die Hungerblockade und unter den ungünstigsten Umständen lebten. Trotzdem hätten sie sich zur Mehrförderung verpflichtet. Sie maßten Ueberhörschten. Die deutsche Arbeiterschaft sei aber fest entschlossen, am Samstagabend festzuhalten. Die Kohlenfrage sei ein internationales Problem und nur durch internationale Verständigung lösbar. Die Vertreter des deutschen Bergbaues seien gerne nach Spa gekommen, um mitzuarbeiten, aber die Diplomaten am grünen Tisch könnten nichts bestimmen gegen den Willen der Arbeitererschaft. Er hoffe, daß die Alliierten eine sachliche Arbeit in Kommissionen ermöglichen würden, damit es wirklich zum Wiederaufbau Europas komme.

Die Rede Hues hat zweifellos großen Eindruck auf die Konferenzteilnehmer gemacht. Die Alliierten beschlossen sofort, die Sitzung um einige Stunden zu vertagen, wohl zu dem Zwecke, um ihre Forderungen einer Nachprüfung zu unterziehen.

Millerand diktiert. . . . Statt Verhandlungen Wirtschaftsdiktatur in der schärfsten Form! Die Folgen einer bedingungslosen Annahme der französischen Kohlenforderungen wären geradezu verhängnisvoll für das deutsche Wirtschaftsleben. Sie würde bedeuten, daß von den in Deutschland geförderten Kohlen zuerst Frankreich beliefert würde, der Rest dann aber uns verbliebe. Die unausweichliche Folge dieser wirtschaftlichen Knebelung wäre eine starke Einschränkung der deutschen Eisenbahnverkehrs, wesentliche geringere Kohlenbelieferung der Lichtquellen, Vahmlegung eines großen Teils der Industrie und infolgedessen vermehrte Arbeitslosigkeit, Unzufriedenheit und Unruhen, kurzum, der Ruin des deutschen Wirtschaftslebens. Von einer Wiedergutmachung in dem von der Entente gewünschten Umfang kann da selbstverständlich keine Rede mehr sein. An Schuldentilgung ist überhaupt nicht zu denken. Regten Endes werden die Alliierten selbst die Leidtragenden ihrer eigenen Gewaltpolitik sein.

Politische Rundschau.

— Berlin den 10. Juli 1920.

— Reichspräsident Ebert hat dem Deutschen Schutzbund eine warme Anerkennung und den herzlichsten Dank des Reichspräsidenten für die aufopfernde und mühsamste Tätigkeit ausgesprochen, insbesondere dafür, daß dieser es gelungen sei, von Abstimmungsberechtigten ermöglicht habe, in die Heimat zu reisen, und ihrer Pflicht nachzukommen.

auf und nieder zog und mit den Füßen baumelte, „gehört denn nun das Schloß der Elisabeth Herber? Wird sie in unserem schönen Wagen mit den weißen Seidenamastopfern fahren? Darf sie jetzt in deinen Salon gehen und sich auf die schönen gestickten Sessel setzen? Der alte Lorenz sagt, sie werde nun die gnädige Frau, und alles, was sie befehle, müsse geschehen.“

„Kind, martere mich nicht mit deinem Geschwätz!“ stöhnte die Baronin und versenkte das Gesicht in das Taschentuch.

„Es ist doch sehr dumm von Dunkel Rudolf, daß er uns fortjagt“, fuhr die kleine unerbittlich fort. „Gelt, wir haben in B. keine silbernen Teller, von denen wir essen werden, Mama? Ich weiß es noch von früher. Und einen Koch haben wir auch nicht. Werden wir wieder aus dem Speisehaushalt essen, Mama? . . . Wirst du dich wieder selbst frisieren, wenn die Karoline wäscht und bügelt? Warum?“

„Schweig!“ unterbrach die Mama den Schwall von Worten, deren jedes zur Dolchspitze für sie wurde.

Bella kannte sich erschrocken in die Ecke und tauchte erst wieder empor, als der Wagen über das Straßengitter in A. raste. Die Baronin dagegen warf einen schmerzlichen Blick hinaus nach dem Schlosse; dann zog sie den Schleier hastig über das Gesicht und brach in ein heftiges Weinen aus.

Es war infolge von Bertas Geständnissen zu einem heftigen Austritt zwischen Herrn von Walde und der Baronin gekommen, der mit Ausweisung der letzteren endete. Helene blieb sie mit Abscheu zurück, als sie Hilfe und Fürsprache bei ihr suchte, und so sah sie sich gezwungen, den Reisewagen zu besteigen, der pünktlich zu der vom Schloßherrn bestimmten Stunde an der Einfahrt hielt. . . . In den Vermutungen fiel übrigens ein Tropfen Säure. Herr von Walde hatte ein Erziehungsgeld für Bella ausgesetzt, unter der Bedingung, daß sie von nun an vernünftiger erzogen werde, als bisher geschehen.

— Der Pausenausgang des Reichstags hat den Reichspräsidenten und den Bericht des Staatssekretärs Albert über die Vereinbarungen in Spa zur Kenntnis genommen.

Spa und die Deutsche Volkspartei. In der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei herrscht dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge über die Zustimmung des Kabinetts zur Unterschrift in Spa einige Ueberraschung. Man hält die Entwaffnung nicht für durchführbar. Infolgedessen kann die Entente fortgesetzt Ursache zum Einschreiten finden. Angesichts dessen fragt man sich, ob unsere militärischen Sachverständigen in Spa ausreichend auf die Dagefahr aufmerksam gemacht haben. Man fragt sich des weiteren, welches Interesse wohl England daran hat, Deutschland in diesem Augenblick völlig wehrlos zu machen. Die Fraktion hat sich in der letzten Sitzung vor dem Auseinandergehen des Reichstages noch eingehend mit der Dagefahr beschäftigt. Sie hat damals zu der Konferenz in Spa keine Stellung genommen und den ihr nahestehenden Mitgliedern der Deutschen Delegation keine Mitteilung zugehen lassen, um es ihnen möglich zu machen, frei und unbeeinflusst auf Grund der Lage der Dinge, die sich in Spa abspielte, ihre Entscheidung zu fassen. Man nimmt an, daß die Vertreter in Spa unter dem Eindruck der Verhandlungen viel besser die Frage beurteilen können, ob die Unterschrift durchaus notwendig war oder ob sie hätte vermieden werden können. Sobald die Minister Dr. Heinze und Dr. Scholz aus Spa zurückgekehrt sind, werden sie im Kreise der Fraktion Bericht erstatten, und diese wird dann zu den Ereignissen wohl in einer offiziellen Erklärung Stellung nehmen.

Die Abfindung der preussischen Pione. Der Rechtsausschuß der preussischen Landesversammlung beriet das Gesetz über die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem preussischen Staat und dem vormaligen preussischen Königshause. Seitens der Unabhängigen lag ein Antrag vor, die ehemals regierenden Fürstenthümer durch Reichsgesetz zugunsten des Staates ihres gesamten Vermögens für verlustig zu erklären, während die Mehrheitssozialisten beantragten, den Artikel 153 der Reichsverfassung über den Fall der Vermögensauseinandersetzung in der Weise zur Anwendung zu bringen, daß die dort zugelassene Ausschüttung des Reichsvermögens unter angemessener Entschädigung durch Reichsgesetz vorgenommen werde. Nach einer längeren Debatte, in deren Verlauf ein Regierungsvertreter auf eine sozialdemokratische Anfrage mitteilte, daß der Privatbesitz der Hohenzollern schätzungsweise 250 bis 300 Millionen betrage, wurde der unabhängige Antrag gegen die Stimmen der Unabhängigen und der sozialdemokratischen gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt.

Ein Reichsschiffahrtsministerium wird voraussichtlich in kurzer Zeit errichtet werden. Gleich nach der Beendigung der Konferenz von Spa soll ein Beschluß hierüber herbeigeführt werden. Die verschiedenen Behörden, die sich mit den Reichsschiffahrtsfragen und den Schiffahrtsfragen beschäftigen, wie die Kommission für Seeschiffahrt, die Preisprüfungsinspektion, das Schiffsvermessungsamt werden den Unterbau für das neue Ministerium bilden. Die den Behörden unterstehenden Schiffahrtsabteilungen und Seabteilungen werden zu Provinzialbehörden gemacht und an das Ministerium übergehen.

Ein Bauernanruf zum Abbau der Lebensmittelpreise. Der Abgeordnete des Bayerischen Bauernbundes Georg Stegmann in Enghausen erläßt in den Zeitungen seines Wahlkreises eine Erklärung, in der er sich verpflichtet, für den Abbau der Lebensmittelpreise einzutreten. Er erklärt sich bereit und glaubt dies vor seinen Standesgenossen verantworten zu können, in dem Abbau bis auf den Stand des 1. Juli des Vorjahres zurückzugehen und diese Preise zwei Monate einzuhalten, um den Produzenten der übrigen Lebensbedarfsartikel Gelegenheit zu geben, diesem Beispiel zu folgen.

Die Kosten der Besatzungsarmeen. In der Stadtverordnetenversammlung in Köln teilte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Solmann mit, daß die

Will der Leser einen Zeitraum von zwei Jahren überbrücken und noch einmal an unserer Hand die Gnabeder Kutnen betreten, so führen wir ihn auf den Bindungen einer breiten, schönen Fahrstraße den Berg hinauf vor das Schloß, das, neu angestrichen, seine rostigen Schloßer und Wände mit neuem Eisenwerke verbräutet hatte.

Im Herberischen Wohnzimmer, dessen zwei hohe Fenster jetzt dieselbe Aussicht gewährten, wie früher nur das Bogenfenster in Elisabeths ehemaligem Etisch — Herr von Walde hatte die Räume lichten lassen, damit die Eltern das Heim ihres Kindes immer vor Augen haben —, also im Wohnzimmer steht die junge Frau von Walde. Sie ist mehrere Wochen an das Haus gebannt gewesen, und ihr erster Ausgang führt sie auf den Berg, um ihren Erstgeborenen im großelterlichen Hause vorzustellen. . . .

Elisabeth ist glücklich in des Wortes höchster Bedeutung. Ihr Mann betet sie an, und sein Ausdruck ist wahr geworden; jener Ausdruck von Melancholie und Strenge scheint für immer von seiner Stirn gewichen zu sein.

Sie blickt in diesem Augenblicke glücklich auf das zarte Wesen in ihrem Arme und dann hinunter ins Tal, wo er bald über den Kiesplatz schreiten und herauslaufen wird, um sie und das Kleine abzuholen. . . . Einen Augenblick verdundelt sich ihr Blick und wird feucht; er fällt auf ein hohes, vergoldetes Kreuz, das aus dem Walden am See aufsteht; dort, unter den rauschenden Bäumen, in einem prächtigen Mausoleum, schlummert Helene seit einem Jahre. Sie ist in Elisabeths Armen gestorben, mit dem Gebete auf den Lippen, daß Gott die segnen möge, die des Grammes Last treulich mit ihr getragen und sie gestützt hat, bis die gebrochene Seele sich losringen durfte von der hinfälligen Hülle.

Hollfeld hat Odenberg verkaufen lassen, und niemand weiß, in welchem Winkel der Erde er über das Scheitern aller seiner Anschläge und Pläne grollt.

Ende.

steherigen Kosten für die Besetzung, welche dem Reiche zufließen, den Vorschlag ganz betrachten. Überstiegen hätten, und zwar um mehrere Milliarden.

Rundschau im Auslande.

Die rumänische Regierung hat im Zusammenhang mit den Ereignissen an der polnischen Front die allgemeine Mobilisierung beschlossen.

Die italienische Kammer hat dem Kabinett Ciolitti mit 258 gegen 146 Stimmen erneut das Vertrauen ausgesprochen.

Polen: Der polnische Verzweiflungskampf.

Der Times-Verichterstatter meldet vom 8. Juli aus Warschau: Der bolschewistische Angriff im Norden begann mit großer Heftigkeit. Die Polen werden wahrscheinlich vor der großen Uebermacht bis zur alten deutschen Linie zurückgewichen müssen. Die Bolschewisten nahmen Kowel mit großer Schnelligkeit. Der britische Militärattaché entging nur mit Mühe der Gefangennahme. Infolge Wilsudskis Anruf begeben sich alle Studenten an die Front. Alle Universitäten und technischen Hochschulen wurden aus diesem Grunde geschlossen. Die Bauern flüchten vor den anrückenden Bolschewisten. — Das polnische Ministerium des Aeußeren hat an die Konferenz in Spaa eine Note gerichtet, in der es heißt: Polen ist jeden Augenblick bereit, Frieden zu schließen nach dem Grundsatze des Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerung, die zwischen Polen und Rußland wohnt. Das polnische Heer schlägt Europa vor der bolschewistischen Woge. Das polnische Volk steht zum Schutz seines heimischen Herdes auf. Polen braucht, wenn es zum weiteren Kampfe gezwungen wird, die ausgiebige materielle und moralische Hilfe der Alliierten.

Japan: Die Besetzung Sachalins.

Die japanische Regierung hat ein Communiqué herausgegeben, in dem sie die Besetzung einiger geeigneter Punkte in der Provinz Sachalin damit begründet, daß die japanische Kolonie in Nikolajewsk samt der Garnison und dem japanischen Konsul mit seiner Familie in Nikolajewsk von bolschewistischen Truppen ermordet worden ist. Die Besetzung Sachalins erfolgt, um Japan eine Genugtuung für die Ermordung seiner Untergebenen zu sichern. Das Communiqué kündigt weiter an, daß Japan noch weiter in der Umgebung von Wladiwostok Truppen unterhalten werde, während es die Truppen aus den Transbaikalprovinzen zurückziehen wird.



Volkswirtschaftliches.

Berlin, 10. Juli. (Börse.) Die drohende Erdbebenung des deutschen Wirtschaftslebens durch das Kohlenditakt der Entente und die steigende Gefahr im Osten äußerte sich weniger in einem Rückgang der Börsen als in einer zunehmenden Zurückhaltung der Börse. Ausländische Zahlungsmittel blieben unberührt.

Berlin, 10. Juli. (Warenmarkt.) Amtlich: Hafer pro 1000 Kilo auf Abladung 2500—2400. Tendenz matter. Nichtamtlich: (alles für 50 Kilo ab Station): Viktoriarbisen 140—125, gelbe und grüne Erbsen 110—145, Weizen 80 bis 95, Ackerbohnen 100—115, Weizen 80—90, Lupinen, Maie 45—48, gelbe 50—65, feinste Saatware über Notiz, Geredella 40—50, Weizen, altes 27—28, neues 18—21, Weizenstroh 9.50—10.50, Hegelestroh 8—8.50, Trockenhefe 50—57, Patent Steffen 90—95.

Die Beschaffung der deutschen Auslandsrechte. Durch Bekanntmachung des Ministeriums für Wiederaufbau sind die auf Grund des Artikels 260 des Friedensvertrages angemeldeten Rechte oder Beteiligungen deutscher Reichsbürger an Unternehmungen von öffentlichem Nutzen beschlagnahmt worden. Eine Liste zählt die einzelnen Arten von Aktien auf, bei denen die Aktien von Eisenbahnunternehmungen sowie von Elektrizitätswerken am häufigsten vertreten sind. Gegenüber den Inhabern von Konzeptionen ist die Beschlagnahme durch Einzelbescheide ausgesprochen worden.

Sport und Verkehr.

Glänzende Probefahrt des „S. 2. 72“. Am 7. Juli vormittags machte das neueste und größte Luftschiff „S. 2. 72“, das vor Ausbruch der Revolution von der Marineverwaltung in Auftrag gegeben und erst jetzt fertiggestellt worden ist, seine erste glänzende verlaufene Probefahrt. Das Luftschiff muß in Bände an Frankreich abgeliefert werden.

Aus Stadt und Land.

Ablieferungsfähigkeit der anhaltischen Landwirte. Der erste praktische Beweis, daß die Freiwilligkeit die Zwangswirtschaft mit Erfolg zu Wohlstand des Volkes verdrängen kann, ist in Anhalt geschehen. Der freiwillige Zentrallieferungsverband, der die Landwirte zur Lieferung eines bestimmten Quan-

tums Viehes bezog, festschreibt, hat es erreicht, daß im Freistaat Anhalt jeder Einwohner 100 Gramm Schweinefleisch mehr erhält, als irgendwo anders im Deutschen Reiche. Das kommt daher, daß die anhaltischen Bauern mehr Vieh abgeleitet haben, als sie abzuliefern verpflichtet waren.

Beilegung der Lohnstreitigkeiten im ober-schlesischen Bergbau. Im Reichsarbeitsministerium hat mit den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der ober-schlesischen Berg- und Hüttenindustrie eine Sitzung stattgefunden, in der es gelungen ist, die seit mehreren Wochen schwebenden Lohnstreitigkeiten beizulegen. Es wurde eine Vereinbarung getroffen.

Die verhinderte Silberlieferung. Wie bekannt, hatte die Ueberwachungsabteilung der Eisenbahndirektion Berlin vor einiger Zeit in dem Begleitwagen eines nach Frankreich bestimmten Viehwagens auf der Strecke Siedlitz-Berlin für rund 800 000 Mark deutsches Silber beschlagnahmt. Dieses Silber ist jetzt, nachdem der Sachverhalt dahin geklärt worden ist, daß der Silbertrag zur unerlaubten Ausfuhr bestimmt war, als dem Reiche verfallen erklärt und der Reichsbank aufgeführt worden. Der Vorfall selbst hat sich als eine grobe Ueberschreitung der Dienstbefugnisse eines französischen Offiziers herausgestellt. Der Offizier ist seines Dienstes enthoben worden. Außerdem schwebt gegen ihn noch ein Strafverfahren wegen unerlaubter Ausfuhr.

Polnische Gewalttätigkeiten im Abstammungsgebiet. Am Deutschen Tage auf dem Markt in Christburg (Westpreußen) kam es zu Gewalttätigkeiten zwischen Polen und Deutschen. Als eben der Reichstagsabgeordnete Dr. Fleischer zu sprechen anfangen wollte, fuhr, trotz der Absperzung durch die Sicherheitspolizei, ein Auto mit der Aufschrift „Hoch lebe Polen!“ in die Menge hinein und warf polnische Flugblätter ab. Ein Insasse des Autos schlug mit einem Gummiknüppel auf einen Deutschen ein. Die erregte Menge riß die polnischen Agitatoren aus dem Wagen und verprügelte sie. Die Flugblätter wurden zusammengetragen und unter Absingung des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“ an Ort und Stelle verbrannt. — Die interalliierte Kommission hat bis einschließlich 15. Juli jede Versammlung in Straßen, auf Plätzen und in öffentlichen Lokalen verboten. Zuwiderhandelnde werden sofort verhaftet, und gegen sie werden Strafen bis zu 15 Tagen Arrest verhängt.

Recht in Salvador. In der mittelamerikanischen Republik Salvador sind erneut Bestände festgestellt worden. Mexiko und die mittelamerikanischen Staaten haben für die aus Salvador kommenden Schiffe strenge Sperrmaßnahmen angeordnet.

Kleine Nachrichten.

Die Reichs-Schuldversorgung eröffnet wieder die Verhandlungen wegen Schlußs des bei den Firmasener Fabriken. Es kommen Umsätze für 50 Millionen Mark in Frage. Das Leipziger Wesamt hat 140 000 Einladungen an ausländische Firmen zur diesjährigen Herbstmesse versandt. Auf der Strecke Brakel-Bielefeld fuhr ein Personenzug in eine Rote Bergarbeiter, von denen drei getötet wurden.

Das erstklassige Mehl im Landkreise Wiesbaden. In der Sitzung des Kreistages des Landkreises Wiesbaden am 3. 7. sind, Zeitungsberichten zufolge, die Klagen der Bevölkerung über die Verschaffenheit des Brotes seitens des Kreistages zu einem Angriff auf das Bäckergewerbe benutzt worden. Der Herr Landrat Schlitt stellte in jener Sitzung die Behauptung auf, es sei den Bäckereien ein sehr gutes Mehl geliefert worden, und wenn das Brot nicht gut sei, dann seien die Bäcker Schuld daran. Das bisher von dem Kommunalverband Wiesbaden gelieferte Mehl sei erstklassiges Mehl gewesen. Wenn Klagen über die Brotqualität geäußert würden, dann könne die Schuld lediglich an den Bäckern liegen. Der Bäcker, der aus dem vom Kreise gelieferten Mehl kein einwandfreies Brot backe, gehöre wegen Betrug belangt. Wir erklären demgegenüber die Behauptungen des Herrn Landrats, unser Mehl sei ein erstklassiges für falsch. Unser Mehl ist nach der Vorschrift der Reichsgetreideordnung, ebenso wie das Mehl der Reichs erstebestelle ein Mehl von sehr hoher prozentueller Umwandlung mit hohem Kleiegehalt. Nichtig ist, daß unser Landkreis als Selbstversorgerkreis sein eigenes Getreide verbrauchen könnte und keine Erntemehlverwendung nötig hätte. Tatsache ist aber, daß durch das fortgesetzte Ausheilen anderer Kreise mit Mehl ein Mehl wieder einkaufst werden muß, das unserem eigenen guten Mehl an Qualität bedeutend nachsteht. Oder will der Herr Landrat bestreiten, daß das rückveräußerte Mehl von der Lohrberger Mühle in Niederlahnstein sehr minderwertig war? Tat auch ja aber auch, daß das aus dem eigenen Mehl hergestellte Brot trotz der Klagen viel besser ist, wie das Brot in den umliegenden Städten und Bezirken, das aus dem Mehl der Reichsgetreidebestelle hergestellt werden muß. Trotzdem ist auch bei dem eigenen Kommunalverbandsmehl das den Bäckern überwiesene Mehl bezüglich der Qualität hin-mehrwert verschieden. Zeitweise läßt sich daraus ein gutes herkömmliches Brot herstellen, mitunter aber auch nur ein schlechtes, (scheinbar halb ausgebackenes) Brot, je nachdem, von welcher Mühle das Mehl stammt. Unser Brot ist dem gelieferten Mehl entsprechend. Die Hausfrau gibt nicht viel auf das Urteil eines Nichtfachmanns über die Qualität des Mehles. Sie weiß selbst am besten, was sie von dem „erstklassigen“ Mehl zu halten hat, wie sie auch weiß, daß das Krankebrot aus der letzten Zeit mit dem eckelhaften kreasotartigen Geschmack nicht auf das Schuldonto des Bäckers zu setzen ist. Während nun der Herr Bäcker für die Qualität des Brotes, welches, wenn auch ohne Verwendung von Zulagemehl bei dem hohen Kleiegehalt als erstklassiges Mehl nicht angesprochen werden kann, verantwortlich macht, nimmt Herr Ministerialrat Müller im Reichsernährungsministerium, in Berlin das Bäcker-gewerbe in Schutz. Diese leger Stelle sollt dem Bäcker-gewerbe die größte Anerkennung, daß es überhaupt noch im Stande ist, aus dem minderwertigen Mehl zu backen. Wir Bäcker werden erst dann ein völlig einwandfreies

Brot herstellen können, wenn die Zwangsbewirtschaftung gefallen ist. Daher sobald wie möglich, hinweg mit ihr! (Diese Zuschrift gehen wir ohne jede Aenderung hier wieder, da sie den Nagel auf den Kopf trifft. Schon in dem Bericht der Kreisaußschußung machten wir zu der Aeußerung des Landrats über das einwandfreie Mehl unsere Bemerkung. Schriftl.)

(Die Allgemeine Sterbekasse hielt am Samstag Abend im Anker ihre ordentliche Mitglieder-versammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Karl Müller I. eröffnete die Versammlung und gedachte der im letzten Jahre verstorbenen Mitglieder, deren Andenken durch Erheben von den Sitzen geehrt wurde. Das Protokoll der letzten Versammlung wurde genehmigt. Herr Lehrer Kunz führte die Gründe auf, welche die Auflösung der Kasse für unumgänglich notwendig halten. Das Vereinsvermögen beträgt, wenn man den fließenden Kurs der Wertpapiere inbetracht zieht etwa 8000 bis 8500 Mk. Die Jahres-einnahme durch Mitgliederbeiträge macht etwa über 900 Mk. aus. Die Sterbequoten von 1920 also für 6 Monate belaufen sich schon auf nahezu 2000 Mk., sodaß bei Jahres-schluß sich das Vermögen sicher um 2000 Mk. verringern wird. Mit der Erhöhung des Beitrags ist die Kasse nicht lebensfähig zu erhalten. Nach diesen Darlegungen beschloß die Versammlung einstimmig die Kasse aufzulösen. Dieser Beschluß bedarf der Zustimmung des Herrn Regierungspräsidenten, welche nachgesucht werden wird. Es wurde eine fünfgliedrige Kommission gewählt, welche die Verteilung des Kassenvermögens in die Wege leiten soll. Die Mitglieder sind verpflichtet, solange Beiträge zu zahlen bis die Auslösungsgenehmigung eintreffend ist. Es wurde ferner beschlossen, daß für Mitglieder, welche vor diesem Termin sterben, noch das volle Sterbegeld gezahlt wird, während für Verstorbenen nur der auf sie entfallende Anteil gezahlt wird. Die Rechnung des letzten Jahres war geprüft und die Versammlung sprach die Entlassung aus. Als II. Vorsitzender wurde Herr Karl Stiehl I., als II. Schriftführer Herr August Mayer gewählt.

Eingekandt.

(Für Artikel unter dieser Rubrik übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung.)

Im verflossenen Monat wurden wir mit einer geringen Menge Einmachzucker bedacht, und jede wird sich gefragt haben, weshalb gibt man nicht mehr. Jetzt stellt sich heraus, daß den Bäckern und Wirten im Landkreise sog. „Gewerbzucker“ vom Landratsamt geliefert wird. Welt, I. 2. da staunst du. Ist es nicht unerhört, geradezu schandbar, daß so was gebudet wird. Hat doch kürzlich eine Wirtin von hier (die Wirtschaft liegt nicht im Ort) 20 Pfd. Gewerbzucker geholt. Wird in den Wirtschaften soviel Kaffee getrunken? Ist es nicht empörend, wenn man zusehen muß, daß die Bäckerläden gespickt sind mit allerlei Torten, Lörchen, Kränzen und wie das Zeug alle heißt. Dazu liefert man Gewerbzucker, aber zum Einlochen etc. ist kein Zucker da. Sollte da nicht die gesamte Einwohner-schaft Front dagegen machen und diesem Unfug, der von der Lessingstraße ausgeht, gewaltig ein Ende zu bereiten.

„Das ist der neue Staat.“

X

Allgemeine Entrüstung und Erkennen hat es hervorgerufen als der Endpunkt der elektrischen Bahn wieder wie früher nach der Kirche verlegt wurde, ohne daß die mitten im Ort, direkt vor dem Rathaus gelegene Halte-stelle wieder eingerichtet wurde. Die Einwohner der Rathausstraße und Langgasse müssen entweder nach der Wiesbenediktstraße oder nach der Endstation gehen. Es ist dieses doch ein unerhörter Zustand, daß in der Mitte des Orts niemand einsteigen kann, noch dazu die vielen Leute, die auf der Bürgermeisterei zu tun haben. Warum sorgt die Gemeindeverwaltung nicht mit dem gehörigen Nachdruck für Aenderung? Einige Hausbesitzer der Rathausstraße wollen, wenn der Zustand nicht geändert wird, darauf drängen, daß die an ihren Häusern angebrachten Spanndrähte entfernt werden sollen, da sie sich die Rücksichtslosigkeit der Süddeutschen nicht gefallen und ihre Häuser weiter zur Benutzung nicht geben wollen.

Wetterbericht.

15.—16. Nachts Gewitter. darauf wechselnde Bewölkung, stellenweise Regen, Wind lebhaft.

Bekanntmachungen.

Tagesordnung

- für die am Mittwoch, den 14. Juli, nachm. 8 Uhr stattfindende Sitzung der Gemeindevertretung.
1. Antrag der Gemeindebeamten und Angestellten um Neu-regelung ihrer Gehälter, d. h. Gleichstellung mit den Staatsbeamten.
 2. Feststellung des Haushaltsvoranschlags für das Rechnungsjahr 1920.
 3. Verteilung des Steuerbedarfs an direkten Gemeinde-steuern für das Rechnungsjahr 1920.
 4. Wahl eines Mitgliedes zum Erwerbslosenfürsorge-ausschuß.

Die Formulare für die Abgabe der Steuererklärung betr. die Veranlagung zum Reichsnotopfer sind auf dem Rathaus hier, Zimmer 8, abzuholen.

Die im Distrikt Wellborn Nr. 12 hiesiger Gemeinde-waldung stammende Holzversteigerung ist genehmigt und wird das ersteigerte Holz nunmehr zur Abfahrt überwiesen.

Zum Verkauf gelangen nur **Qualitätswaren**.
— — Beachten Sie mein Schaufenster. — —